

# **Anschluss statt Ausschluss**

## ***Zweijährige Berufe helfen benachteiligten Jugendlichen nicht***

*Michael Ehrke, Klaus Heimann, Erwin Vitt*

Wie schon in der letzten Ausbildungskrise der 80er Jahre wird in der aktuellen Misere erneut das Thema „Benachteiligtenberufe“ als *das* Lösungsmodell propagiert.. Logisch: in Zeiten großen Ausbildungsstellenmangels können die Unternehmen „Bestenauslese“ praktizieren und tun das natürlich auch. Ein fast unaufhaltsamer „Verdrängungseffekt“ nach unten setzt ein. Auf der Strecke bleiben zwar nicht nur - aber in besonderem Maße - Haupt- und Sonderschüler, ausländische Jugendliche, junge Frauen. Es geht um ein Thema, dass in Zeiten einer geringeren Ausbildungsnachfrage, wie wir sie das letzte Mal Anfang der 90er Jahre erlebt haben, regelmäßig versandet.

In Zeiten, in denen kein großer Nachfragedruck existiert, gelten wesentlich mehr Jugendliche als ausbildungsfähig. So steigt die Zahl der durch die Arbeitsämter als „lernbehindert“ eingestuft in der Ausbildungskrise auffällig an. Der Begriff der „Ausbildungsfähigkeit“ ist offenbar dehnbar und zumindest teilweise von der jeweiligen Nachfrage-Bewerber-Relation geprägt. Das kennen wir seit den 70er Jahren und da ist gegenüber früheren Diskussionen inhaltlich eigentlich nichts Neues hinzugekommen, was die Gewerkschaften dazu veranlassen müsste, ihre seit der Einführung des Berufsbildungsgesetzes stabile Ablehnung von Sonderberufen für Bildungsbenachteiligte aufzuweichen.

## **Zweijährige Berufe entlasten den Ausbildungsmarkt nicht**

Weshalb sollte auch der Ausbildungsstellenmangel dadurch beseitigt werden, dass man zusätzlich zweijährige Sonderberufe schafft, wie es der Bundeswirtschaftsminister gerade unter Bruch des „Konsensprinzips“ tut ? Dies unterstellt erstens, die Unternehmen würden sehr viel mehr Auszubildende einstellen, wenn man nur mehr Berufe anbietet, und zweitens, sie würden auch Benachteiligte vermehrt einstellen, wenn die Ausbildung kürzer und „einfacher“ wäre.

Die Arbeitsmarktforschung und auch die Praxis belegen Anderes. Die mehr als 40 neuen Berufe, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, haben in kaum zu einer Verbesserung der Ausbildungsbilanz geführt, auch wenn sie (allerdings leider auch nur in wenigen Fällen) jeweils für sich genommen erfolgreich waren. Und was die „einfachen Berufe“ anbelangt, so sind genau diese die Verlierer des Strukturwandels.

Die Gesamtzahl aller Auszubildenden in zweijährigen Anlernberufen, die sich in der Metall und Elektroindustrie bis heute noch gehalten haben, betrug 2002 rd. 4.700, bei insgesamt rd. 250.000 Ausbildungsverhältnissen. Das zeigt: Für „einfache Tätigkeiten“ gibt es keinen Zukunftsmarkt. Das ist auch das Ergebnis einer vom BMWA in Auftrag gegebenen Studie. Dort hat man nur 104.000 Arbeitsplätze für neue „einfache Ausbildungen“ gefunden.

Kein Wunder, dass zweijährige Berufe in den letzten Jahren nur selten expandierten und quantitativ wenig Bedeutung haben. Eine zahlenmäßige relevante Lösung für die rund 300.000 Hauptschüler, die in 2003 nur schwer eine Ausbildungsstelle bekommen haben, ist von dieser Strategie jedenfalls nicht zu erwarten.

Es war ein wichtiger Fortschritt, dass mit Einführung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) im Jahre 1969 das System der Anlernung zugunsten von qualifizierten Ausbildungsberufen

aufgegeben wurde. Auch die Stufenausbildung, die im BBiG noch als Alternative zu den Regelberufen nach § 25 angeboten wurde, hat sich unter dem Aspekt der Förderung nicht bewährt. In keinem einzigen Berufe-Fall sind die Jugendlichen, die eine erste Stufe begonnen hatten, auch alle in der zweiten Stufe angekommen. Das war nie der Sinn der Stufenausbildung und wird es auch nie sein.

Besonders deutlich war dies immer an der bedeutsamsten Stufenausbildung zu beobachten, die mit zeitweise über 100.000 Auszubildenden im Einzelhandel angeboten wurde: Hier kamen bis in die 80er Jahre hinein kaum mehr als 20 Prozent der Azubis in die zweite Stufe. Von Durchlässigkeit nach oben war da nichts zu merken.

Die Situation änderte sich erst, als die Gewerkschaft ihre Lehren aus dem Fiasko mit der Stufenausbildung zog und die Aufhebung durchsetzte. Zwar existierte das Berufsbild Verkäufer(in) nach der Neuordnung Mitte der 80er Jahre eigenständig weiter, verlor aber sehr schnell an Gewicht. Inzwischen werden fast dreimal soviel Jugendliche zu Kaufleuten im Einzelhandel ausgebildet wie als Verkäufer(innen). Allein schon die formale Aufhebung der Stufenausbildung hat nachweislich die Berufsperspektiven der Jugendlichen im Einzelhandel verbessert.

Die Position der IG Metall begründet sich aus 30jähriger Erfahrung mit diesen Entwicklungen. Wir haben eine ausführliche Begründung unserer Ablehnung der „Clement-Berufe“ - wie Michael Sommer sie auf dem DGB-Kongress zur BBiG-Reform im vergangenen Oktober nannte - bereits im letzten Jahr dargelegt und uns mit einzelnen Berufsvorschlägen konkret auseinandergesetzt<sup>1</sup>. Und niemand hat uns bisher widerlegt.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die IG Metall nachdrücklich den Beschluss des Europäischen Rats in Lissabon, die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildung bis 2011 um die Hälfte zu verringern. Dieses Ziel ist aber zumindest substantiell nicht erreichbar, in dem man Jugendlichen zu Abschlüssen verhilft, die auf dem Arbeitsmarkt nur einen geringen Wert haben. Für uns ist es selbstverständlich, dass die Verwirklichung gleicher Bildungschancen nicht durch abstrakte Gleichbehandlung aller - bei individuell und sozial ganz unterschiedlichen Voraussetzungen - erfolgen kann. Wir unterstützen seit jeher die pädagogische Forderung „jedem benachteiligten Jugendlichen seine besondere Chance“ zu geben.

### **Denkfehler im Konzept der Benachteiligtenberufe**

Die Forderung nach „Benachteiligtenberufen“ stellt keinen Lösungsbeitrag dar, weil sie von einer falschen Theorie ausgeht. Danach sollen Jugendliche mit schlechten Schulabschlüssen den Anforderungen im bestehenden System der Ausbildungsberufe grundsätzlich nicht gewachsen sein, so dass für sie daher eine verkürzte (in der Regel zweijährige), theoriegeminderte Ausbildung konstruiert werden müsse. Nur so seien sie überhaupt noch in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Diese Position enthält mindestens vier Denkfehler:

- Schlechte Schulergebnisse werden als strukturelle Lernschwäche interpretiert und die Benachteiligten pauschal zu „praktisch Begabten“ erklärt; ein derart undifferenzierter Begriff von Benachteiligung ist wissenschaftlich nicht haltbar;

<sup>1</sup> Mini-Ausbildung für Mini-Jobs ? Stellungnahme der IG Metall zum Regierungsvorhaben : Einfachausbildung für Benachteiligte, Frankfurt am Main 2003 (als Download unter igmetall-wap.de)

- Das System der Ausbildungsberufe wird „über einen Kamm geschert“ und verkannt, dass es ein großes Spektrum unterschiedlicher Anforderungsniveaus widerspiegelt. Der Trend zu steigenden Qualifikationsanforderungen erfasst mitnichten alle Berufe in gleichem Maße; es gibt keinen echten „Mangel“ an weniger anspruchsvolleren Berufen, sondern eher ein Allokations- und Motivationsproblem<sup>2</sup> ;
- Es wird suggeriert, Ausbildungsberufe könnten an den tatsächlichen Arbeitsmarkttrends vorbei aus sozialpädagogischen Überlegungen konstruiert werden; das kann logischerweise aber den Anschluss an die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht sichern;
- Unterstellt wird, dass Verkürzung der Ausbildung den Erfolg verbessert (zum Beispiel die Abbrecherquoten vermindert), was unbewiesen und auch nicht plausibel ist. Die Erziehungswissenschaft und auch das BBiG setzt demgegenüber bei Leistungsdefiziten auf Verlängerung der Ausbildungszeit und nicht auf Verkürzung

Diese Annahmen haben sich schon in früheren Debatten als unhaltbar erwiesen. Erwähnt sei die Auseinandersetzung bei Einführung des Benachteiligtenprogramms der Bundesregierung in den 80er Jahren. Damals wollten konservative Wissenschaftler wie *Erich Dauenhauer* zusammen mit den Arbeitgebern auf breiter Front „einfache Berufe“ durchsetzen. Das lief unter dem Schlagwort „Fachfertiger-Ausbildung“. Die Argumente damals waren im Prinzip dieselben wie heute<sup>3</sup> .

### **Benachteiligte gleichwertig ausbilden ist machbar**

Viele haben schon vergessen, dass in den 80er Jahren durch Modellversuche des Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und viele andere Projekte bewiesen wurde, dass Jugendliche mit schlechten Startchancen nicht durch die *besondere Art des Berufes* zum Erfolg kommen, sondern durch die *besondere Art der Ausbildungsvorbereitung und -begleitung*. „Die generelle Ausgangshypothese, dass selbst Jugendliche mit erheblichen Lern- und Sozialisationsschwierigkeiten ausbildungsfähig sind, einen erfolgreichen Abschluss in anerkannten Ausbildungsberufen erreichen können, ist durch die Ergebnisse einer Reihe von Modellversuchen bereits bestätigt worden.“<sup>4</sup> Bereits in den 80er Jahren fanden auch erfolgreiche Integrationsprojekte mit Schulverweigerern<sup>5</sup> statt, die zu vollwertigen Ausbildungsabschlüssen geführt wurden. Dasselbe gilt für junge Ausländer mit geringen Sprachkenntnissen und ohne deutschen Schulbesuch<sup>6</sup>

In diesen Konzepten geht es freilich um spezielle Unterstützungsprogramme und um zusätzliche Ausbildungsbegleitung. Die Vertreter der „zweijährigen Berufe“ wollen jedoch

<sup>2</sup> Allokation steht für Fehllenkung: daher finden sich in „Hauptschülerberufen“ zuwenig Hauptschüler; Motivation steht für mangelndes Interesse an unattraktiven Berufen. So blieben in 2003 bei den Nahrungsmittelverkäufern/innen 2,5 mal soviel Stellen unbesetzt wie Bewerber/innen unvermittelt - warum wohl ? vgl. Ausbildungsmarkt 2002/2003, Ergebnisse, Einschätzungen, Folgerungen aus Sicht der Ausbildungsvermittlung, hrg. Von der Bundesanstalt für Arbeit.

<sup>3</sup> vgl. Dauenhauer/Vetter/Raddatz: Die Fachfertigerausbildung. In: Wirtschaft und Berufserziehung, Heft 2/1985, sowie die Diskussion darüber in der Gewerkschaftlichen Bildungspolitik, und zwar: Ehrke, Michael: Die Fachfertigerausbildung - Modell für ein zweites Berufsbildungssystem ? GBp Heft 5/1985 - Dauenhauer u.a.: Die Ausbildung zum Fachfertiger. Eine Erwiderung auf den Diskussionsbeitrag von M.Ehrke, in: GBp Heft 11/1985 - Ehrke,Michael: Benachteiligtenberufe“ kommen nicht in Betracht. In: GBp Heft 11/1985

<sup>4</sup> BIBB: Forschungsergebnisse und Empfehlungen zur Verbesserung der beruflichen Bildung benachteiligter Personengruppen, 1985

<sup>5</sup> Damit sind Jugendliche gemeint, die mit der Polizei zur Schule gebracht werden mussten!

<sup>6</sup> vgl.: Ausländerbeauftragte des Senats (Hrg), Berufsausbildung junger Ausländer im Einzelhandel, Berlin 1986

diesen Aufwand umgehen und letztlich ein Konzept etablieren, dass ohne jede pädagogische Unterstützung auskommen soll. Das passt zum Zeitgeist: denn wer will heute Betrieben noch *zumuten*, dass sie sich um ihre Auszubildenden auch *kümmern* müssen. Wer nimmt den § 6 des BBiG noch ernst, der dem Betrieb auflastet, alles Erforderliche zu tun, um den Jugendlichen zum Erfolg zu führen? Solche Vorgaben, die früher für viele Betriebe Selbstverständlichkeiten waren, gelten heute oft schon als Ausbildungshemmnis.

Niemand bestreitet, dass die Problem- und Konfliktpotentiale in der Jugend (und übrigens nicht nur der) im Laufe der Jahre gewachsen sind<sup>7</sup>. Die Frage nach den Ursachen ist gar nicht so schwer zu beantworten:

- 30 Jahre „strukturelle Massenarbeitslosigkeit“ können nicht spurlos an den sozial schwächeren Familien vorbei gehen. Dass dies zur sozialen Erosion führt und Jugendliche durcheinanderbringt, bedarf keiner großen Erörterung.
- Schulleistungsdefizite können in Anbetracht von Stagnation und Verwahrlosung unseres Bildungssystems, wie sie diverse Studien und OECD-Vergleiche vor Augen führen, kaum überraschen.
- Das Ausbleiben einer konsequenten Integrationspolitik für die Migrantenfamilien lässt die Probleme in Schule und Ausbildung bei den ausländischen Jugendlichen notwendiger Weise eskalieren.

Welche Auswüchse diese Fehlentwicklungen hervorrufen, beschäftigt ganz aktuell am Beispiel des „Klassenterrors“ an einer Hildesheimer Berufsschule die Medien<sup>8</sup>. Berufsschüler haben einen Kameraden nicht nur immer wieder verprügelt, sondern das Ganze zum Spaß auch noch gefilmt. Inzwischen wurden weitere Fälle dieser Art bekannt. In diesem Zusammenhang befragte der *stern* einen Berufsschullehrer zum gefährlichen und frustrierenden Alltag in BVJ-Klassen. Auf die Frage, welche Schüler dort zu finden seien, heißt es: „Die meisten kommen aus der neunten Klasse Hauptschule. 95 Prozent haben keinen Abschluss. Rund zwei Drittel sind Ausländer, viele Kinder von Spätaussiedlern. Jeder Dritte kommt erst mal gar nicht - wir haben viele Fehlzeiten.“ Auf die Frage: Gibt es Gewalt? wird geantwortet: „Es gibt ständig Rangeleien. Aus Spaß wird Ernst, was in dem Alter ja nicht ungewöhnlich ist. Was mich schockiert, ist die Brutalität, mit der die aufeinander losgehen. Der eine hockt hinter einem GOLF und schraubt. Der andere kommt rein, schnappt sich einen Besen und drischt auf den ein.“

Kann jemand wirklich so naiv sein zu glauben, dass Jugendliche mit solchen Problemen von irgendeinem Betrieb als Auszubildende eingestellt werden, weil es „nur“ um eine zweijährige Einfachausbildung geht? Nichts, aber auch gar nichts von diesen Problemen wird durch Verkürzung der Ausbildung einfacher.

### **Die „neue Unübersichtlichkeit“ in der Berufsbildungspolitik**

Das alles sind seit Jahrzehnten gesicherte Erkenntnisse. Die Gewerkschaften waren in dieser Frage darum auch immer relativ geschlossen. Und erst jüngst hat der DGB wieder eine neue Broschüre herausgebracht, in der die Argumente gegen zweijährige Berufe als untaugliches Integrationskonzept für Benachteiligte nachzulesen sind. Das BIBB wird dort mit den Worten zitiert: Die Heterogenität der Benachteiligten zeigt, „dass pauschale Forderungen nach

<sup>7</sup> vgl. hierzu auch Stark/Fitzner/Schubert: Berufliche Bildung und Analphabetismus. Klett Verlag. Stuttgart/Dresden 1997

<sup>8</sup> vgl. den Bericht in der Illustrierten *stern* vom 11.2..2004

„Einfachberufen“, „theoriegeminderten Berufen“, „Helferberufen“ oder „Benachteiligtenberufen“ am Problem vorbei gehen. Ganz abgesehen davon, dass ein solches Berufsbildungskonzept das Selektionsprinzip des allgemeinbildenden Schulwesens in die Berufsbildung hinein verlängert; d.h. damit würde im Berufsbildungssystem die unzureichende Förderung benachteiligter Jugendlicher, wie sie die Ergebnisse der PISA-Studie belegen, fortgesetzt.“<sup>9</sup>

Viele fragen dann allerdings zu recht: Wie kann es bei solchen Erkenntnissen passieren, dass der DGB als Spitzenorganisation in Neuordnungsverfahren zweijährigen Berufen zustimmt, wie das jetzt im Fall des Kfz-Servicemechanikers geschehen ist und das gegen den Willen des IG Metall Vorstandes. Wie ist ein solcher Tabubruch zu erklären?

Verändert haben sich nicht die Fakten, verändert hat sich die politische Kultur. Was in den 80er Jahren unter Kanzler Helmut Kohl von Konservativen und Arbeitgeberideologen nicht durchgesetzt wurde, das wird jetzt von rot-grünen Politikern, (darunter auch ehemalige IG Metall-Funktionäre), vorangetrieben. Es ist ja kein Geheimnis, dass die Ausbildungsplatzumlage innerhalb der SPD umstritten ist und der neoliberale Flügel um *Wolfgang Clement* sich gegen solidarische Lösungsansätze zur Behebung der Ausbildungskrise massiv zur Wehr setzt. Zweijährige Berufe sind für diese Fraktion ein Ausweichthema, das von der Ausbildungsplatzumlage ablenken soll. Deregulierung ist diesen Protagonisten neoliberaler Politik wichtiger als Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Damit ist eine für die Gewerkschaften neue und für viele Gewerkschaftsmitglieder schwer durchschaubare Situation entstanden. Wir leben in einer Zeit, in der die politischen Fronten nicht mehr klar erkennbar und die damit verknüpften Interessenpositionen nicht mehr eindeutig zuordnungsfähig sind. Offenbar müssen wir noch lernen, mit der Tatsache umzugehen, dass der Richtungsstreit quer durch die traditionellen Lager geht.

So wie die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) damit fertig werden muss, dass 58 % der Ausbildungsbetriebe die Ausbildungsplatzumlage - entgegen der „reinen Arbeitgeber-Lehre“ - befürworten<sup>10</sup>, so müssen wir in den Gewerkschaften damit fertig werden, dass ein Harald Schartau als SPD-Landesvorsitzender die Ausbildungsplatzumlage ablehnt, dass wichtige Funktionäre auch in der IG Metall zweijährige Berufe durchsetzen wollen und dass auch im DGB solchen Projekten gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister zustimmen. Das Ende der Selbstverständlichkeiten in der gewerkschaftlichen Bildungspolitik scheint gekommen. Politische Verunsicherung in den eigenen Reihen unter dem Druck der Agenda-Politik ist unübersehbar.

Das kann aber nicht bedeuten, jedenfalls nicht für uns, der Diskussion auszuweichen und die Dinge nicht mehr beim Namen zu nennen. Benachteiligtenberufe werden nicht dadurch besser, dass sie in dem einen oder anderen Fall mit einer Gewerkschaftsunterschrift besiegelt wurden.

### **Der NRW-Modellversuch Kfz-Servicemechaniker**

Ein Beispiel für diese Wahrheit bietet der Modellversuch Kfz-Servicemechaniker, der sozusagen das *konservative* Gegenstück zu dem gerade neugeordneten Kfz-Mechatroniker

<sup>9</sup> Jugendlichen mit schlechten Startchancen (bessere) Abschlüsse ermöglichen. Dokumentation eines Workshops vom Mai 2003 in Berlin, hrg. DGB Bundesvorstand, S. 52

<sup>10</sup> Das ist ein Umfrageergebnis des in dieser Frage sicher unverdächtigen Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln vom letzten Sommer

darstellt. Das ist eine Konstruktion voller Kunstfehler, so dass man nicht nur an der Kompetenz, sondern auch an den guten Absichten der Erfinder zweifeln muss.

Als Antwort auf die Probleme von Hauptschülern ohne qualifizierten Abschluss taugt dieser Weg sicher nicht. Dazu nur einige Fakten: Die Inhalte sind identisch mit den ersten beiden Jahren der neuen Ausbildung Kfz-Mechatroniker, die „Lernschwachen“ sollen in denselben Berufsschul-Klassen denselben Stoff lernen wie die „normalen“ Azubis. Es kommt noch schlimmer: für die Förderziele des Modells gibt es keinerlei rechtliche oder materielle Absicherung. Weder ist der Zugang für Hauptschüler der 10A Abschlussklasse rechtsverbindlich gesichert, noch gibt es ein begleitendes Förderprogramm, noch gibt es einen Rechtsanspruch auf den Durchstieg zum Kfz-Mechatroniker, auf den so großen Wert gelegt wird. Die Beteiligten haben hierzu lediglich Absichtserklärungen abgegeben.

Das grundlegende Problem wurde leider übersehen. Eine Ausbildungsordnung ist kein Förderprogramm. Auch wenn in dem geplanten Modellversuch in NRW begleitende Fördermaßnahmen freiwillig organisiert werden, gibt es spätestens bei Überführung in einen Regelberuf nach § 25 BBiG dafür keine Garantie mehr. Am Ende steht ein zweijähriger Sackgassenberuf.

Die in allen Berufen - egal wie lange sie dauern mögen - übliche „Bestenauslese“ der Betriebe kann eine Ausbildungsordnung nicht verhindern. Eine staatliche Ausbildungsordnung nach BBiG lässt keine Festlegung auf bestimmte Bewerbergruppen zu. Fazit: Ausbildungsordnungen allein sind keine Instrumente, um Benachteiligten zu helfen. Das hätte man wissen können, ja wissen müssen.

Das Modell ist zudem geplant für eine Branche mit rückläufigen Ausbildungszahlen, wo keine zusätzlichen Ausbildungsplätze zu erwarten sind. Das bedeutete, die Plätze für den neuen Miniberuf gehen zu Lasten der regulären Ausbildungsplätze – im Ergebnis also zahlenmäßig ein Nullsummenspiel und qualitativ eine Verschlechterung des Ausbildungsangebots der Kfz-Branche.

Und man bedenke auch folgendes: Man spaltet einen Beruf auf, der derzeit immer noch der größte Hauptschülerberuf Deutschlands ist.

In Summe werden so falsche Signale in der Öffentlichkeit gesetzt, nämlich

- dass Hauptschüler offenbar in den vorhandenen oder neuen Kfz-Berufen nicht mehr ausgebildet werden können, was bisher nicht der Fall war;
- oder dass das Kfz-Handwerk Einfach Tätigkeiten ausbaut, was die Kunden wenig freuen wird und der Dienstleistungsqualität schadet.

Inzwischen gibt es Bestrebungen der Schleswig - Holsteinischen Landesregierung und der dortigen KFZ -Innung, sich dem NRW - Modell anzuschließen. Unsere Bezirksleitung hat dem Vorstand allerdings mitgeteilt, dass sie Vereinbarungen wie in NRW nicht unterschreiben wird. Das Schleswig-Holstein-Modell sieht auch tatsächlich noch schlechter als in NRW. Hier wollen die Arbeitgeber nur 50 Ausbildungsplätze bereitstellen und die Landesregierung will die Fortführung der Ausbildung gerade mal für 20 Jugendliche unterstützen. Auch in diesem Fall gibt es keine verlässliche Zusagen für Fördermittel.

Mit Blick auf diese Mängel sehen wir unsere bisherige Leitlinie nur bestärkt. Diese besagt:

- Die eindeutigen Beschlüsse der Gewerkschaftstage der IG Metall gegen zweijährige Berufe sind wohlbegründet und stehen nicht zur Disposition .
- Über die Position zur Einführung oder Neuordnung von Berufen für die Branchen im Organisationsbereich der IG Metall entscheidet der Vorstand der IG Metall.
- Länderberufe lehnt die IG Metall ab.
- Der DGB ist nicht dazu berufen, die Berufsbildungspolitik der IG Metall zu formulieren. Das machen immer noch ihre Mitglieder und Organe - insbesondere der Gewerkschaftstag.

### **Reform ist, wenn es besser wird!**

Dies sind alles andere als abstrakte Ansprüche. Die IG Metall realisiert längst bessere und erfolgreichere Konzepte, um benachteiligte Jugendliche in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Gerade die IG Metall geht hier seit Jahren mit gutem Beispiel voran. In NRW haben wir Vereinbarungen mit Innungen getroffen über die Berufsvorbereitung schwer vermittelbarer Bewerber mit anschließender Ausbildungsgarantie in den Metall- und Elektroberufen. Leider unterstützt die Landesregierung und die Arbeitsverwaltung dieses Modelle nicht mehr. Sie wollen stattdessen das Geld sparen, das für Begleitmaßnahmen eingesetzt wurde

Mit den Metallarbeitgebern in Baden Württemberg gemeinsam praktizieren wir erfolgreich das Modell Projekt PIA (Projekt zur Integration in den ersten Ausbildungsstellenmarkt). In den Bezirken Küste und in Hessen laufen die QuasPlus-Projekte. In all diesen Fällen werden Jugendliche mit Handicaps in vollwertigen Facharbeiterberufen erfolgreich ausgebildet. Vorbilder gibt es also genug, da muss sich niemand neue Berufe ausdenken, die keiner braucht, und Vereinbarungen treffen, den es an Verbindlichkeit mangelt..

Gewerkschaften sollten sich und andere wieder an das erinnern, was Reformen eigentlich ausmacht und was die Gewerkschaften als Motto für die *Kampagne zur Reform des Berufsbildungsgesetzes* gewählt haben: *Reform ist, wenn es besser wird !-* und nicht umgekehrt.

Es ist heute eine zentrale gewerkschaftliche Aufgabe, das Zerrbild von Reformpolitik, das durch die Lande geht, wieder zurechtzurücken.

Und noch etwas: Mit Selektion und Stigmatisierung werden wir niemals die Begabungsreserven erschließen, die wir in den bevorstehenden Jahren mit „Facharbeiterlücken“ dringend benötigen. Aus diesem Blickwinkel können wir uns nicht einen einzigen Bildungsbenachteiligten leisten.